

DIE Post

ILLUSTRIERTE HANDELS- UND EXPORT-ZEITUNG
VERLAG ULLSTEIN BERLIN

aus Deutschland

Nr. 1/2

Berlin, Sonnabend, den 9. Januar 1926

30 Pfennig

Der Paneuropa-Gedanke marschiert

Wohl selten hat eine Idee in Deutschland so schnell um sich gegriffen, wie der Gedanke der Schaffung einer europäischen Wirtschaftseinheit. Die „Post aus Deutschland“ kann es sich zum Verdienst anrechnen, in dem Kampf um diese Idee von Anfang an mit an führender Stelle gestanden zu haben. In nachstehendem bringen wir kurze Ausführungen zweier berufener Führer dieser Bewegung, wie sie uns auf unsere Anfrage hin mitgeteilt wurden.

Der wirtschaftliche Paneuropa-Gedanke marschiert, jedenfalls soweit Deutschland in Frage kommt. Das ist eines der Hauptergebnisse des Jahres 1925. Es ist zurzeit in Deutschland unmöglich, irgendeine wirtschaftliche oder selbst politische Veranstaltung zu besuchen, ohne von diesen Gedankengängen etwas zu hören. Ob man hierbei an einen europäischen Zollverein oder nur ein loseres wirtschaftliches Zusammenarbeiten der einzelnen Staaten oder gar an die Schaffung eines einheitlichen europäischen Staatengebildes denkt, ist naturgemäß entsprechend der Anschauung der einzelnen Redner ganz verschieden. Aber alle Wirtschaftskreise sind sich einig, und die Ereignisse der letzten Monate in Deutschland haben sie darin bestärkt, dass in Europa irgend etwas geschehen muss, um der in allen Ländern schwer kämpfenden Wirtschaft zu helfen. Rein äusserlich sind allerdings die vorhandenen Bedingungen einer derartigen Bewegung nicht allzu günstig; mehr als je regt sich selbst in bisher freihändlerisch eingestellten Staaten der Drang nach Schutzzöllen und nationaler Wirtschaft. Aber gerade diese Entwicklung zeigt, dass nur ein neuer Weg helfen kann.

Bei derartigen überstaatlichen Vereinbarungen können, das muss noch gesagt werden, sämtliche berechtigten nationalen Interessen voll gewahrt werden. Es sei in diesem Zusammenhang nur an die Deutsch-Luxemburgischen und Deutsch-Oesterreichischen Zollvereinbarungen erinnert, die bis in den Krieg hinein zwischen ganz selbständigen Ländern bestanden haben. Ja, der deutsche Zollverein hat mit voller Wirksamkeit eine Zollunion zwischen Staaten bestanden, die untereinander verfeindet waren und sich sogar bekriegt. Diese kurzen Ausführungen mögen genügen, um zu zeigen, dass bei gutem Willen aller Beteiligten überstaatliche Abmachungen unter Hintanstellung national-egoistischer Wünsche sehr wohl zu dem gewünschten Ziel, der Schaffung eines einheitlichen europäischen Wirtschaftsgebildes führen können. Allerdings muss hierbei zunächst wohl Russland unberücksichtigt bleiben, da es infolge seiner andersgearteten Wirtschaftsverfassung zunächst als Partner nicht in Frage kommt, während auf der anderen Seite auch England, das sich durch seine jüngste Schutz Zollpolitik vorläufig gegen Paneuropa erklärt hat, als „überseeische“ Wirtschaftsmacht von den meisten Wirtschaftspolitikern als nicht reif für eine wirtschaftliche Kontinentalpolitik angesehen wird.

Einer der Hauptvorkämpfer in Deutschland bei der Verfechtung paneuropäischer Ideen ist

Reichsminister a. D. Dr. Gothein

Minister Gothein schreibt uns auf unsere Anfrage folgendes:

„Der Gedanke einer mitteleuropäischen oder paneuropäischen Zollunion, bei letzterer ebenfalls ohne Russland und England, hat bei der allgemeinen wirtschaftlichen Depression, deren Ende nicht abzusehen ist, überall starken Boden gewonnen. Massenproduktion setzt Massenabsatz voraus, und dieser bedarf eines grossen einheitlichen Zoll- und Verkehrsgebietes. Ihm verdanken die Vereinigten Staaten von Amerika ihren beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung, den hohen Lebensstandard seiner Bewohner. Europa wird seine wirtschaftliche

Bedeutung verlieren, wenn es nicht aus seiner Balkanisierung heraus zu einem grossen einheitlichen Wirtschaftsgebiet gelangt.

Aus dem Stadium der allgemeinen Agitation für einen solchen Gedanken muss man jetzt in das der nüchternen Betrachtung der Schwierigkeiten und Hemmnisse, die sich seiner Verwirklichung entgegenstellen, kommen, muss die Möglichkeiten eines derartigen Zollbündnisses kritisch untersuchen und die Wege zeigen, auf denen es zu erreichen ist. Die enge Begrenzung eines solchen Bündnisses zunächst auf die sechs Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns einschliesslich Polens, Rumaniens und Jugoslawiens, wie sie von ungarischer, jugoslawischer und teilweise tschechischer Seite propagiert wird, ist für alle anderen Staaten, insbesondere für Deutschland, Frankreich und Italien unannehmbar.

Alle Widerstände werden aber nur zu überwinden sein, wenn Frankreich dem Zollbündnis von vornherein beiträgt. Der Weg zu Paneuropa führt über Paris. Seine gewaltige Eisenindustrie bedarf nach Aufhören der Reparationslieferungen von Kohle und Koks und des Valutadumpings, mit der sich unvermeidlich anschließenden Währungsanierung, eines grossen europäischen Absatzgebietes. Ebenso sieht es mit Frankreichs Textilindustrie, seinen Luxusindustrien, seinem Erbhgenisse, Obst- und Weinbau. Vielleicht hat kein europäisches Land so starkes Interesse an einem wirtschaftlichen Paneuropa wie gerade Frankreich. Führende Männer wie Briand, Painlevé und Loucheur unterstützen daher lebhaft diese Forderung. Und wenn erst eine diesbezügliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland eingetreten ist, der sich von vornherein die Schweiz und Deutschösterreich anschliessen würden, so kann man nach der Ent-

wicklung, die seinerzeit der deutsche Zollverein angenommen hat, die Anziehungskraft dieses Zollbundes für so stark halten, dass Ungarn, Jugoslawien, Tschechoslowakei, Rumänien und wohl auch Polen bald ihren Anschluss suchen würden. Weniger wahrscheinlich ist dies bei Italien, das seine Industrie gegen französisch-schweizerisch-deutsche Konkurrenz durch hohe Zölle zu schützen sucht, ebenso bei Belgien, den Niederlanden und den skandinavischen Staaten, die infolge ihrer geographischen Lage und ihrer starken überseeischen Interessen — letztere auch infolge geringer industrieller Entwicklung — weniger auf den innereuropäischen Markt angewiesen sind.

Nicht unbedeutliche Hemmnisse bietet die Verschiedenheit der Währungen. Der Gedanke einer Gemeinschaftswährung, wie er von ungarischer und jugoslawischer Seite vorgeschlagen wurde, würde eine gemeinsame Notenbank und den Verzicht auf deren Inanspruchnahme durch die beteiligten Staaten voraussetzen. Die leichtsinnige Finanzgebarung eines einzigen der Teilnehmerstaaten könnte sie gefährden. Kein Staat wird das Schicksal seiner Währung an das der polnischen, rumänischen, jugoslawischen, und ehe sie nicht stabilisiert ist, auch der Französischen, binden wollen. Die Sanierung des französischen Franken ist überhaupt die Voraussetzung für die Verwirklichung des paneuropäischen Zollgedankens. Die wirtschaftliche Not drängt mit Macht nach der Verwirklichung dieser Idee, die als die letzte Hoffnung, die Lebenshaltung der europäischen Bevölkerung zu heben, gerade auch die breiten Massen der Arbeitnehmer ergriffen hat. Aber neben der Propaganda, die so erfolgreich, besonders im vergangenen Jahr, eingesetzt hat, gilt es jetzt, die praktische Lösung vorzubereiten. Das ist die Aufgabe des Tages.“

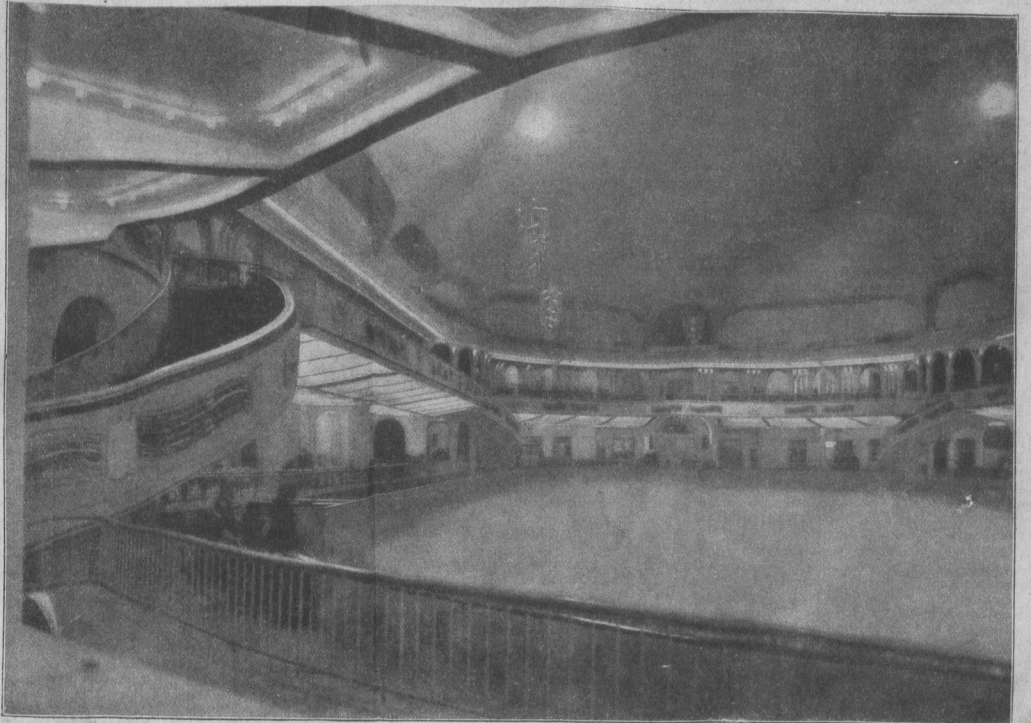
Einer der bekanntesten Wirtschaftspolitikern in Deutschland,

Staatssekretär a. D. Dr. Julius Hirsch

hat im Jahre 1925 eine längere Studienreise durch die Vereinigten Staaten von Amerika unternommen und an Hand der dortigen Verhältnisse auch die Möglichkeiten für ein Paneuropa studiert. Wir haben uns deshalb auch an Prof. Hirsch, der allerdings diese Dinge anders als sonst üblich ansieht, gewandt und erhielten von ihm folgende Antwort:

„Ihre Anfrage über meine Stellung zu Paneuropa kann ich nicht genauer umreissen, als ich es in meinem Buche über das amerikanische Wirtschaftswunder, das jüngst bei S. Fischer erschienen ist, getan habe. Es heisst darin u. a.:

Es geht ein Ruf durch Deutschland, und er ging vor Jahresfrist durch Frankreich: Fort mit der europäischen Kleinstaaterei! Schaffen wir den grossen Markt, indem wir den europäischen Zollverein schaffen. So wie einst Deutschlands Wirtschaftseinheit durch den deutschen Zollverein und damit die deutsche politische Einheit begründet wurde, so wollen wir jetzt den Zollverein Europa errichten und dann die vereinigten Staaten von Europa als starkes Gegengewicht gegenüber der gewaltigen Macht der Vereinigten Staaten von Amerika organisieren. Der Gedanke ist schön, wenn auch nicht neu. Zum erstenmal hörten wir ihn in politischer Fassung mit tiefer Ergriffenheit in der fürchterlichen Phase des blutigen europäischen Krieges, in der kleinen Friedensinsel der Schweiz, als ihn der Nationalrat Professor Zürcher in Zürich am Weihnachtstage des Jahres 1917 im Fräuenmünster darlegte: eine wahrhafte Weihnachts-Friedensbotschaft im Grauen der friedlosen Zeit. Die Ver-



Die modernste und schönste Eislaufbahn Europas — die neue Bahn im Berliner Sportpalast



2^o Ltg 1621; 2. Ausg.